

Vorsicht Lücke!

Studie: Vorsorgelücke bei Erwerbsunfähigkeit
Westeuropa



Vorwort

Während das öffentliche Bewusstsein über die Rentenlücke wächst, unterschätzen viele Menschen ein noch größeres Risiko für ihren Lebensstandard: den Verlust ihrer Arbeitsfähigkeit. In Westeuropa sind bis zu 25 % der Arbeitnehmer im Laufe ihres Lebens von Erwerbsunfähigkeit betroffen. Zurich hat eine Studie in sechs Ländern durchgeführt, um zu erfahren, inwieweit sich die Menschen dieses Risikos bewusst sind und wer nach ihrer Meinung finanziell dafür aufkommen sollte.



Kristof Terryn
CEO Global Life
Zurich Insurance Group

Die Rentenlücke ist eines der meistdiskutierten Themen in der Versicherungsbranche. Allgemein wächst das Bewusstsein dafür, dass infolge der Umwälzungen in den bisherigen Rentensystemen und des demographischen Wandels der Lebensstandard nach dem Renteneintritt nicht aufrecht erhalten werden kann. Die meisten Erwerbstätigen unterschätzen jedoch ein noch größeres Risiko, nämlich nicht mehr arbeiten zu können und in der Folge einen Einkommensverlust zu erleiden. Wir bezeichnen diese Vorsorgelücke bei Erwerbsunfähigkeit als Lücke in der Einkommensabsicherung (income protection gap).

Angesichts des demographischen Wandels und des erhöhten Drucks auf die Staatshaushalte in vielen Ländern beobachten wir einen Trend hin zu einem schrittweisen Abbau von staatlich garantierten Sozialleistungen und der betrieblichen Absicherung und Altersvorsorge. Die Menschen müssen daher verstärkt persönlich Verantwortung für die Absicherung ihres Einkommens übernehmen. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit sie sich dessen bewusst sind.

Um diese Frage zu beantworten, haben wir über 6'000 Menschen in Deutschland, Irland, Italien, Spanien, der Schweiz und Großbritannien befragt. Unseren Umfrageergebnissen zufolge klaffen Wahrnehmung und Wirklichkeit weit auseinander.

Beispielsweise schätzt jeder zweite Befragte das Risiko, erwerbsunfähig zu werden, auf weniger als 10 %. Statistisch gesehen scheiden jedoch bis zu 25 % der Arbeitnehmer frühzeitig aus dem Berufsleben aus. Derzeit kennt zudem nur jeder dritte Europäer Möglichkeiten zur Einkommensabsicherung.

Als globaler Versicherer fühlen wir uns verpflichtet, die Gesellschaft tatkräftig dabei zu unterstützen, die Vorsorgelücke bei Erwerbsunfähigkeit zu verkleinern.

Ein entscheidender erster Schritt dabei ist die Sensibilisierung. Nur wer das Risiko kennt und versteht, kann Maßnahmen zum eigenen Schutz und dem seiner Angehörigen vor den finanziellen Auswirkungen von Erwerbsunfähigkeit ergreifen.

Die vorliegende Broschüre enthält die wichtigsten Erkenntnisse unserer Umfrage, die jeweils zusammenfassend und pro Land dargestellt werden.

Wir werden uns in den kommenden Monaten eingehend mit dem Thema befassen und im späteren Jahresverlauf weitere Erkenntnisse dazu veröffentlichen.

Gesamtergebnisse

Zürich hat rund 6'000 Menschen in sechs europäischen Ländern aufgefordert, 53 Fragen im Zusammenhang mit Einkommensabsicherung zu beantworten. Die Antworten zeigen, dass die Mehrheit der Befragten ihre Risiken unterschätzen.

Drei Viertel der Europäer sind der Auffassung, dass sie genug tun, um sich gegen eine etwaige Erwerbsunfähigkeit zu schützen. Unter Deutschen ist diese Überzeugung weniger verbreitet, denn nur zwei Drittel der Befragten sagen, dass sie genügend vorsorgen.

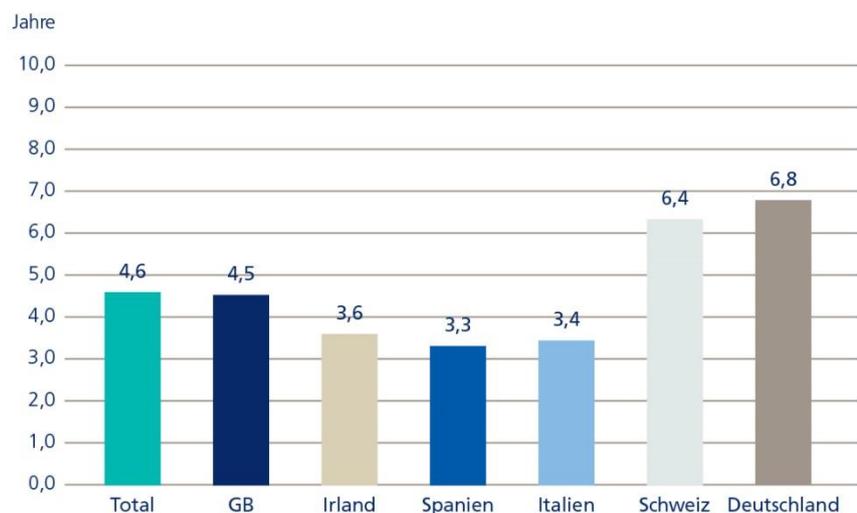
Im Durchschnitt glauben Europäer, dass sie Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolice haben, um ihre Lebenshaltungskosten für 4,6 Jahre abdecken zu können. In Irland, Italien und Spanien beträgt dieses Polster lediglich rund 3,5 Jahre, während es sich in der Schweiz und in Deutschland auf rund 6,5 Jahre beläuft.

Über die Hälfte der Befragten vertritt die Ansicht, dass die Finanzkrise negative Auswirkungen auf ihre

finanzielle Situation habe. In Spanien, Italien und Irland sind sogar 75 % dieser Meinung. Viele geben an, dass ihr Einkommen gesunken sei, während ihre Schulden, die Angst vor Erkrankungen und die Belastung durch Stress gestiegen seien.

Nur ein Drittel der Europäer kennt Möglichkeiten zur Einkommensabsicherung. Ein weitreichendes Bewusstsein dafür besteht vor allem in Deutschland, wo fast die Hälfte der Befragten angab, diesbezüglich sensibilisiert zu sein. In Spanien ist sich nur jeder sechste der Problematik bewusst, das ist der niedrigste Wert in Europa.

Durchschnittliche Rücklagen*

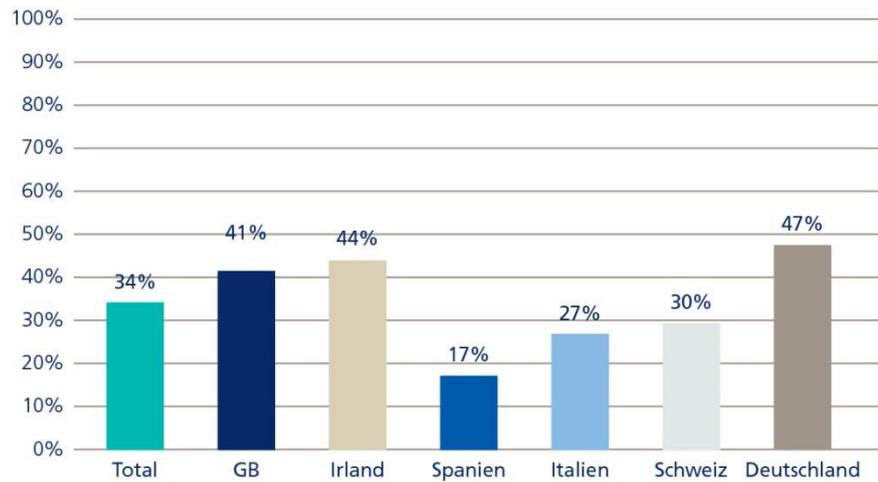


*Ersparnisse, Anlagen, Versicherungspolice und Rentenansprüche, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Basis: Total n=6'250

Quelle: Zürich

Kenntnis über mögliche Einkommensabsicherung (%)



Quelle: Zurich

Basis: Total n=6'250

Insgesamt ist die Hälfte der Befragten in Europa der Ansicht, dass ihr eigenes Risiko, erwerbsunfähig zu werden, weniger als 10 % beträgt. Nur drei von zehn glauben hingegen, dass dies auch auf den Rest von Europa zutrifft.

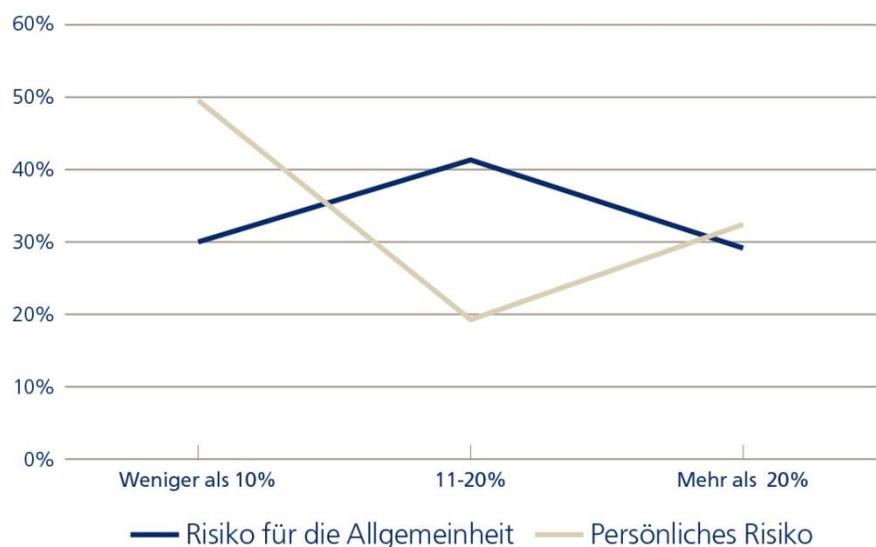
Europäer unterschätzen ihre eigenen Risiken erheblich. Statistiken zufolge scheiden bis zu 25 % der Erwerbstätigen unfall- oder krankheitsbedingt aus dem Berufsleben aus.

In welchem Alter ist die Wahrscheinlichkeit am höchsten, erwerbsun-

fähig zu werden? Die Resultate variieren europaweit erheblich.

Während statistisch gesehen Menschen im Alter von über 55 Jahren in Großbritannien, Irland, Italien und der Schweiz das höchste Risiko tragen, sind es in Deutschland Männer zwischen 47 und 51 Jahren und Frauen zwischen 45 und 47 Jahren. In Spanien liegt das Durchschnittsalter derjenigen, die vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden, bei 51 Jahren.

Wahrnehmung über Erwerbsunfähigkeitsrisiko



Quelle: Zurich

Basis: Total n=6'250

Niedrigere Einkommenserwartung versus höhere Ansprüche

Sieben von zehn Befragten vermuten, dass sie im Falle von Erwerbsunfähigkeit weniger als 75 % ihres letzten Haushaltseinkommens erhalten würden. Zwei von fünf Personen rechnen gar mit einem Einkommen, das unter 50 % des letzten Haushaltseinkommens läge. Gleichzeitig sind sechs von zehn Personen der Ansicht, dass sie mindestens den Gegenwert ihres derzeitigen Einkommens benötigen würden, um ihren Lebensstandard halten zu können.

Große Hoffnung auf staatliche Unterstützung

Rund zwei von drei Europäern erwarten, dass der Staat sie finanziell unterstützt, sollten sie nicht mehr arbeiten können. In Italien und Spanien sind die Erwartungen an den Staat noch höher: Vier von fünf Befragten sehen die Regierung als den wichtigsten Erbringer von Unterstützungsleistungen. In der Schweiz gaben lediglich 54 % der Befragten an, dass sie sich auf staatliche Unterstützung verlassen würden.

Während befragte Personen in der Schweiz, in Großbritannien und in Deutschland generell die Fähigkeit des Staates zur Erfüllung sozialer Verpflichtungen zuversichtlich einschätzen, vertraut man in Irland, Italien und Spanien weniger auf den Wohlfahrtsstaat.

Eine signifikant höhere Anzahl der Befragten in der Schweiz und in Deutschland sind der Ansicht, dass in erster Linie Versicherer finanzielle Unterstützungsleistungen erbringen sollten. Dies könnte auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass Befragte in Europa im Durchschnitt über vier Versicherungspolice verfügen, sich diese Zahl in Deutschland jedoch auf fünf und in der Schweiz auf sechs Police beläuft.

Bedeutung von Unfällen als Ursache wird überschätzt

Nach Auffassung der Befragten sind schwere Erkrankungen, psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten sowie Unfälle die Hauptursachen für Erwerbsunfähigkeit. Tatsache ist, dass in Deutschland, Großbritannien, Irland und in der Schweiz psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten an erster Stelle stehen, während in Italien Erkrankungen des Skelett- oder Muskelsystems und in Spanien rheumatische Erkrankungen die Hauptursache für ein Ausscheiden aus dem Berufsleben sind. Generell überschätzen die Befragten Unfälle als Ursache für Erwerbsunfähigkeit.

Europäer halten eine gesunde Lebensweise und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit (Work-Life-Balance) für die besten Mittel, um Erwerbsunfähigkeit vorzubeugen. Befragte in Spanien und Italien legen den Schwerpunkt jedoch vermehrt auf Sicherheit am Arbeitsplatz. Ein interessanter Aspekt ist zudem, dass sich 10 % der Spanier und sogar 20 % der britischen Befragten mit dem Risiko von Erwerbsunfähigkeit abfinden. Ihrer Ansicht nach könne man Krankheit oder Unfall nicht verhindern. Für sie ist dies lediglich eine Frage des Schicksals.

Wichtigste Ergebnisse – Deutschland

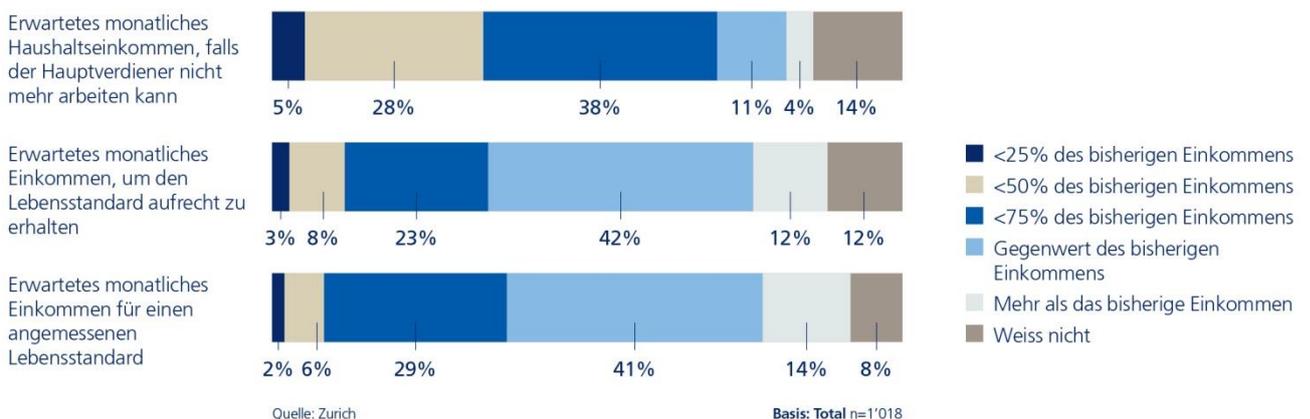
Die Teilnehmer der Umfrage in Deutschland sind zuversichtlich, dass sie kurzfristige Einkommenseinbussen tragen können. Indessen rechnet lediglich ein Drittel damit, den derzeitigen Lebensstandard halten zu können. Deutsche unterschätzen generell die Risiken, denen sie ausgesetzt sind.

Drei von fünf deutschen Befragten geben an, sich genügend gegen das Risiko von Erwerbsunfähigkeit zu schützen. Ihrer Ansicht nach ist das beste Mittel dagegen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit (32 %), während ein Viertel (26 %) eine gesunde Lebensweise als zentral erachtet. 47 % der Befragten sind davon überzeugt, dass sie die vorhandenen Möglichkeiten zur Einkommensabsicherung verstehen. Dennoch verfügen rund 70 % der Befragten über keine Versicherung gegen die finanziellen Folgen von Einkommensausfall. Etwa derselbe Prozentanteil ist der Meinung, dass ihr Arbeitgeber keinen Einkommensschutz biete.

Die Befragten gehen im Durchschnitt davon aus, dass sie Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolice haben, mit denen sie ihre Lebenshaltungskosten für 6,8 Jahre abdecken könnten. Dies ist der höchste Wert in Europa; dort liegt der Durchschnitt bei 4,6 Jahren. Diejenigen Befragten aus Deutschland, die über Möglichkeiten zur Einkommensabsicherung informiert sind, glauben, sie könnten ihre Lebenshaltungskosten sogar über einen Zeitraum von 8,3 Jahren abdecken.

Sieben von zehn Deutschen rechnen im Fall von Erwerbsunfähigkeit mit einem Einkommen von weniger als 75 % des bisherigen Einkommens. Jeder Zweite ist jedoch der Ansicht, dass er mindestens das derzeitige Einkommen benötigt, um den bisherigen oder zumindest einen angemessenen Lebensstandard halten zu können.

Monatliches Haushaltseinkommen im Falle von Erwerbsunfähigkeit



Deutsche unterschätzen das Risiko von Erwerbsunfähigkeit

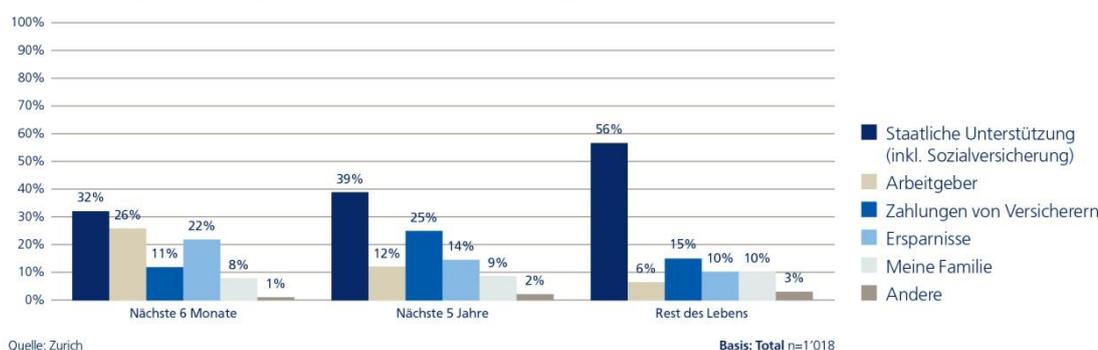
Zwei von drei Deutschen sind der Ansicht, dass sich das Risiko der Bevölkerung, erwerbsunfähig zu werden, auf weniger als 20 % beläuft. Auf die Frage nach ihrem persönlichen Risiko schätzten 40 % dieses auf weniger als 10 %. Diese Angaben stehen im Widerspruch zu Statistiken, denen zufolge ein Viertel der deutschen Erwerbstätigen frühzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden.

Die Mehrheit der Deutschen (56 %) sieht den Staat als Haupteinkommensquelle bei Erwerbsunfähigkeit an.

Jeder Vierte ist der Ansicht, dass neben dem Staat den Versicherern in den ersten fünf Jahren nach dem Verlust der Erwerbsfähigkeit die bedeutendste Unterstützerrolle zukommt.

Je nach Alter existieren in Deutschland verschiedene Invalidenrentensysteme. Personen, die vor 1961 geboren sind, erhalten rund zwei Drittel der staatlichen Altersrente bis zum Renteneintrittsalter. Nach 1961 geborene Arbeitnehmer erhalten ca. 40 % ihres letzten Bruttoeinkommens, bis sie das Rentenalter erreichen.

Erwartete Haupteinnahmequelle im Falle einer Erwerbsunfähigkeit



Unfälle als Ursache für Invalidität überschätzt

Die Befragten erachten psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten als Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit (30 %), gefolgt von schweren Krankheiten wie Krebs (23 %) und von Unfällen (21 %). Statistiken zufolge liegen psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten mit 29 % tatsächlich an erster Stelle, gefolgt von Erkrankungen des Skelett- oder Muskelsystems (21 %) sowie Krebs und anderen bösartigen Tumoren (16 %). Unfälle verursachen weniger als 10 % der Fälle von Erwerbsunfähigkeit. Sie werden somit als Ursache überschätzt.¹

Die deutschen Befragten haben in Bezug auf Invalidität am meisten Angst vor Armut sowie vor körperlichen oder psychischen Leiden.

Deutsche glauben, dass die Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen, gefolgt von den 55- bis 64-Jährigen, am stärksten durch Erwerbsunfähigkeit gefährdet ist. Diese Annahme ist richtig. Statistisch gesehen² sind Männer im Alter von 47 bis 51 Jahren am stärksten gefährdet – in dieser Altersgruppe wird jeder Vierte erwerbsunfähig. Für Frauen ist das Risiko zwischen dem 45. und 47. Lebensjahr am höchsten. Zudem ist ihr Risiko etwas höher als das der Männer.

¹ Quelle: Morgen&Morgen

² Quelle: Munich Re

Wichtigste Ergebnisse – Irland

Befragte aus Irland scheinen Einkommensverluste aufgrund von Invalidität weniger gut tragen zu können als Briten, Deutsche oder Schweizer. Zudem schätzen sie die Fähigkeit ihrer Regierung, sie finanziell unterstützen zu können, skeptischer ein.

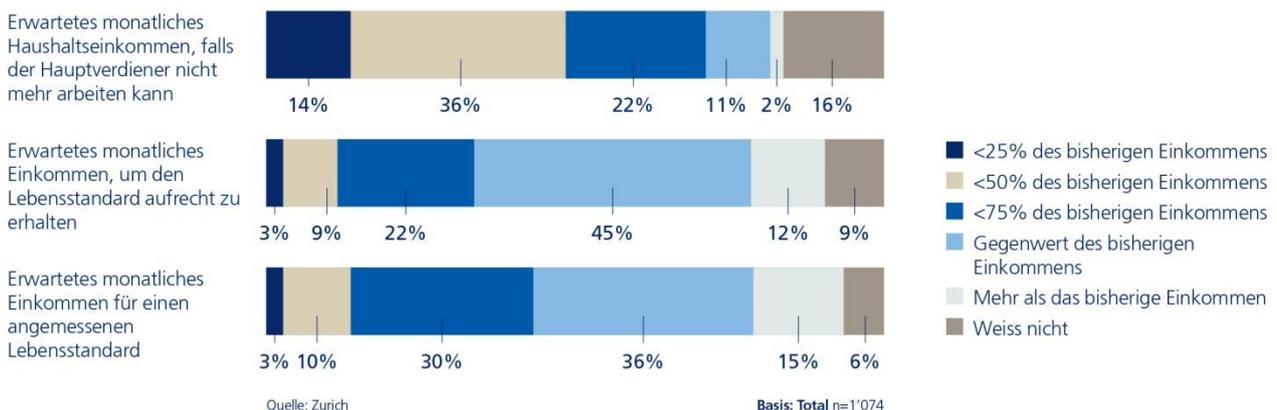
Vier von fünf Iren sind davon überzeugt, ausreichend vorzusorgen, dass sie nicht frühzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden werden. Aber nur 44 % glauben zu wissen, wie sie ihr Einkommen bei Erwerbsunfähigkeit absichern können. Eine gesunde Lebensweise (45 %) und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit (29 %) werden als das beste Mittel erachtet, um Erwerbsunfähigkeit vorzubeugen.

Die Befragten in Irland geben an, über Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolicen zu verfügen, um ihre Lebenshaltungskosten für 3,6 Jahre abdecken zu können. Dies liegt deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 4,6 Jahren.

Es besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Einkommenserwartungen bei Erwerbsunfähigkeit und dem erforderlichen Einkommen zum Erhalt des Lebensstandards. Sieben von zehn Befragten gehen davon aus, dass sie weniger als 75 % ihres derzeitigen Einkommens erhalten würden, während über die Hälfte angeben, dass sie mindestens den Gegenwert ihres derzeitigen Einkommens benötigen, um einen angemessenen Lebensstandard zu halten.

Die Iren neigen dazu, das Risiko, erwerbsunfähig zu werden, zu unterschätzen. So glaubt ein Drittel der Befragten, dass weniger als 10 % der Bevölkerung von Erwerbsunfähigkeit betroffen sei. Statistisch gesehen beläuft sich dieser Anteil in Irland jedoch auf 13 %³ der Erwerbstätigen. Die Wahrscheinlichkeit von Erwerbsunfähigkeit betroffen zu sein, ist bei Personen über 60 Jahren am höchsten.

Monatliches Haushaltseinkommen im Falle von Erwerbsunfähigkeit



³ Quelle: Disability and Work – The picture we learn from official statistics

Die Mehrheit (65 %) der Iren geht davon aus, dass Menschen, die nicht mehr arbeiten können, staatliche Unterstützungsleistungen erhalten sollten. Jedoch nur jeder Fünfte nimmt an, dass er Anspruch auf solche Leistungen hätte und auch auf diese zugreifen würde, wenn sein Haushaltseinkommen um 30 % sinken sollte. Die wöchentliche Invaliditätsrente beläuft sich auf EUR 193.50.⁴ Somit ergibt sich eine Jahresrente von EUR 10'062. Dennoch sind zwei von drei Arbeitnehmern in Irland nicht gegen die finanziellen Folgen von Einkommensausfällen versichert.

Seit der Finanzkrise ist das Vertrauen in Finanzinstitute wie Banken und Versicherungsgesellschaften allgemein (86 %) gesunken. Nur jeder Fünfte gibt an, dass er Finanzunternehmen oder -beratern vertraut und glaubt, dass sie ihn fair und ehrlich behandeln.

In Irland halten 37 % der Befragten schwere Erkrankungen wie Krebs für die Hauptursache von Erwerbsunfähigkeit. Darauf folgen psychisch Erkrankungen oder Nervenkrankheiten (19 %) sowie Erkrankungen des Skelett- oder Muskelsystems wie Rheuma und Rückenschmerzen (17 %). Den Statistiken zufolge⁵ stehen psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten an erster Stelle. Die Iren haben jedoch Recht, dass Unfälle als Ursache für Erwerbsunfähigkeit keine bedeutende Rolle spielen.

⁴ Quelle: Citizen's Information Board – invalidity pension

⁵ Disability and Work – The picture we learn from official statistics

Wichtigste Ergebnisse – Italien

Befragte in Italien geben an, im Falle von Erwerbsunfähigkeit stark vom Staat abhängig zu sein. Sie haben jedoch wenig Vertrauen in dessen Fähigkeit, Unterstützungsleistungen zu erbringen. Insgesamt unterschätzen sie ihre Risiken und sind diesbezüglich weniger widerstandsfähig als die meisten anderen Befragten in Europa.

Während 82 % der Italiener im Falle einer Erwerbsunfähigkeit finanzielle Unterstützung vor allem vom Staat erwarten, glauben nur 6 %, dass ihr Arbeitgeber sie unterstützen sollte, und lediglich 4 % sehen hier Versicherer in der Pflicht. Trotz dieser Abhängigkeit ist das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, alle Sozialversicherungssysteme finanzieren zu können, seit der Finanzkrise auf 10 % gesunken. Lediglich 8 % glauben, der Staat sei in der Lage, bei Erwerbsunfähigkeit einen angemessenen und sicheren Lebensstandard zu gewährleisten.

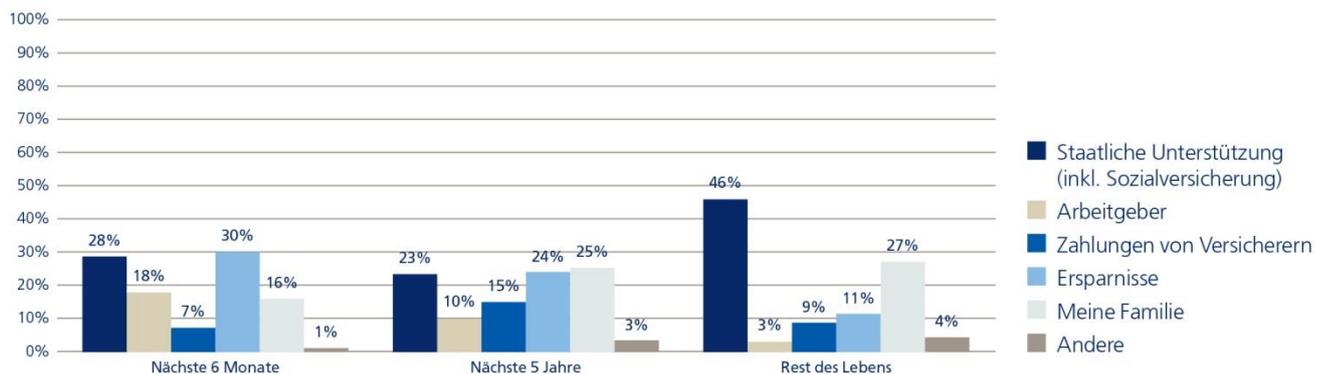
Die meisten Befragten würden sich in den ersten sechs Monaten ohne

Einkommen auf die eigenen Ersparnisse (30 %) und staatliche Unterstützung (28 %) verlassen. Auf längere Sicht würden sie jedoch vermehrt auch auf ihre Familien (25 %) vertrauen, anstatt nur auf ihr Ersparnis (24 %) oder auf den Staat (23 %). Im Falle einer vollständigen Erwerbsunfähigkeit würden sie sich erneut auf den Staat (46 %) und auf die Unterstützung ihrer Familien (27 %) verlassen.

Im Falle einer Erwerbsunfähigkeit fürchten sich die Italiener am meisten davor, nicht mehr für die eigene Familie sorgen zu können (32 %) und für Angehörige eine Belastung zu werden (29 %).

Die Italiener verfügen nach eigenen Angaben im Durchschnitt über Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolice, mit denen sie ihre Lebenshaltungskosten 3,4 Jahre lang bestreiten könnten. Damit liegen sie deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 4,6 Jahren.

Erwartete Haupteinnahmequelle im Falle einer Erwerbsunfähigkeit



Quelle: Zurich

Basis: Total n=1'045

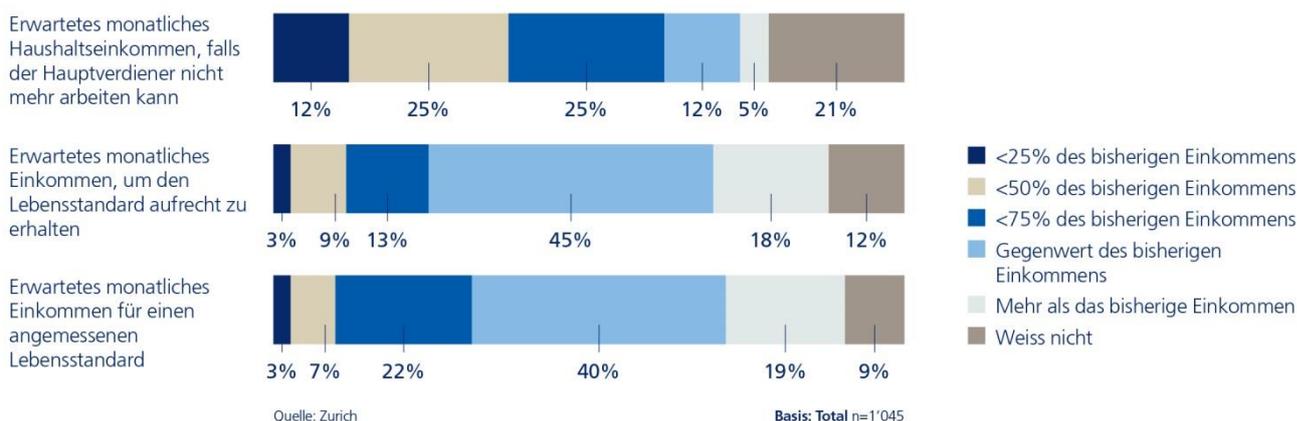
Dennoch sind vier von fünf Italienern überzeugt, dass sie sich ausreichend gegen Erwerbsunfähigkeit schützen. Jeder Vierte sagt, er wisse, wie er sein Einkommen absichern könne. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit (29 %), Sicherheit am Arbeitsplatz (28 %) und eine gesunde Lebensweise (25 %) werden als bester Schutz gegen Erwerbsunfähigkeit angesehen. Fast jeder vierte Italiener geht davon aus, dass weniger als 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung frühzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden. Und fast jeder Zweite schätzt sein eigenes Risiko auf weniger als 10 %. Statistisch gesehen dürften 7 %⁶ der Erwerbstätigen in Italien im Laufe ihres Berufslebens erwerbsunfähig werden. Die Wahrscheinlichkeit, nicht mehr arbeiten zu können, ist bei Personen im Alter von über 60 Jahren am höchsten.

Die Italiener fühlen sich tendenziell verunsichert durch die Diskrepanz zwischen ihrem Finanzbedarf und den Leistungen, auf die sie im Falle von Erwerbsunfähigkeit Anspruch hätten.

59 % geben an, dass sie im Fall einer Erwerbsunfähigkeit mindestens den Gegenwert ihres derzeitigen Haushaltseinkommens benötigen würden, um einen angemessenen Lebensstandard halten zu können. Aber 62 % gehen davon aus, dass sie weniger als 75 % dieses Betrags erhalten würden. Dies lässt sich durch die durchschnittlichen Invaliditätsrenten- und Rentenzahlungen von EUR 918 begründen, die Erwerbsunfähige in Italien 2013 monatlich erhielten.⁷

Schwere Erkrankungen wie Krebs werden als Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit angesehen (45 %), gefolgt von Unfällen (20 %) sowie psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten (16 %). Tatsächlich ist Erwerbsunfähigkeit in den meisten Fällen jedoch auf Erkrankungen des Skelett- oder Muskelsystems, gefolgt von Krebs sowie psychischen oder Nervenerkrankungen, zurückzuführen.⁸ Wie in anderen Ländern überschätzen die Befragten ihr Risiko, aufgrund eines Unfalls invalid zu werden.

Monatliches Haushaltseinkommen im Falle von Erwerbsunfähigkeit



⁶ Quelle: ISTAT, das italienische nationale Institut für Statistik

⁷ Quelle: www.inps.it

⁸ Quelle: ISTAT, das italienische nationale Institut für Statistik

Wichtigste Ergebnisse – Spanien

Der Grossteil der Spanier scheint unzureichend gegen Einkommensverlust aufgrund von Erwerbsunfähigkeit abgesichert zu sein. Eine erstaunlich hohe Zahl der Befragten unterschätzt das entsprechende Risiko.

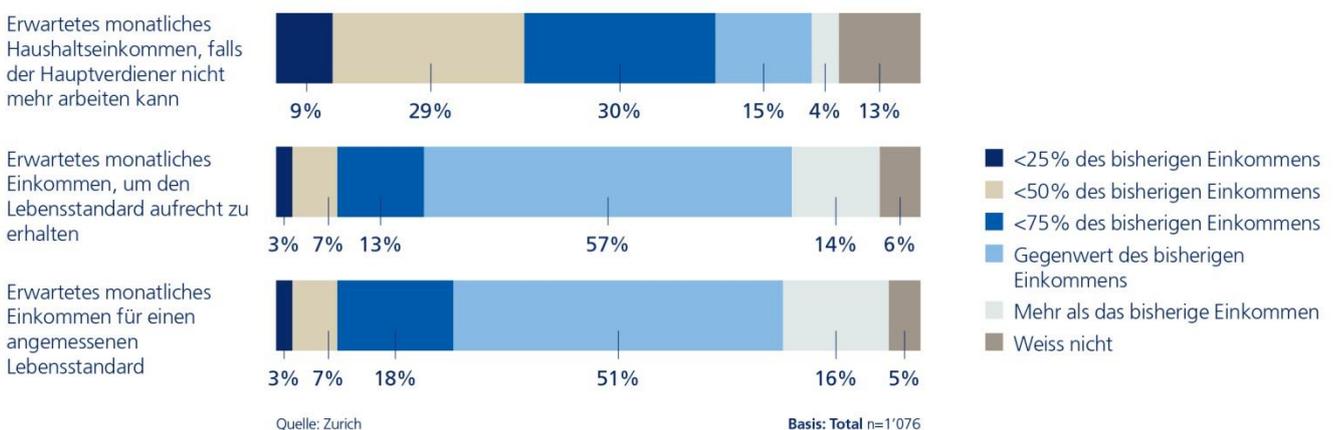
Vier von fünf Spaniern sind davon überzeugt, dass sie genügend dafür tun, sich gegen Erwerbsunfähigkeit zu schützen. Dabei kennen nur 17 % Möglichkeiten zur Einkommensabsicherung, während 35 % angeben, dass sie sehr schlecht über dieses Thema informiert sind. Die Spanier glauben, dass eine gesunde Lebensweise das beste Mittel ist, um Erwerbsunfähigkeit vorzubeugen. Zudem sollte der Sicherheit am Arbeitsplatz grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden (32 %). Jeder zehnte Befragte ist eher fatalistisch eingestellt und gibt an, man könne nichts gegen Erwerbsunfähigkeit tun, es sei eine Frage des Schicksals.

Die Spanier fürchten sich am meisten davor, bei Erwerbsunfähigkeit nicht mehr in der Lage zu sein, für ihre Familien zu sorgen und davor, zu einer Belastung für ihre Angehörigen zu werden.

Die spanischen Befragten gaben im Durchschnitt an, Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolicen zu haben, um ihre Lebenshaltungskosten 3,3 Jahre finanzieren zu können. Das ist der niedrigste Wert in Europa; dort beträgt der Durchschnitt 4,6 Jahre.

Die spanische Bevölkerung ist daher anfällig für Einkommensausfälle bei Erwerbsunfähigkeit. Sieben von zehn Befragten gehen davon aus, dass sie in so einem Fall weniger als 75 % ihres derzeitigen Haushaltseinkommens erhalten würden. Gleichzeitig geben zwei von drei an, dass sie mindestens den Gegenwert ihres derzeitigen Einkommens benötigen, um einen angemessenen Lebensstandard halten zu können.

Monatliches Haushaltseinkommen im Falle von Erwerbsunfähigkeit



Drei von fünf Befragten schätzen ihr persönliches Risiko einer Erwerbsunfähigkeit auf weniger als 10 % und glauben damit, dass es unter demjenigen der Allgemeinheit liegt. Den Statistiken der spanischen Sozialversicherung zufolge⁹ scheiden nämlich 16 % aller erwerbstätigen Spanier frühzeitig aus dem Berufsleben aus.

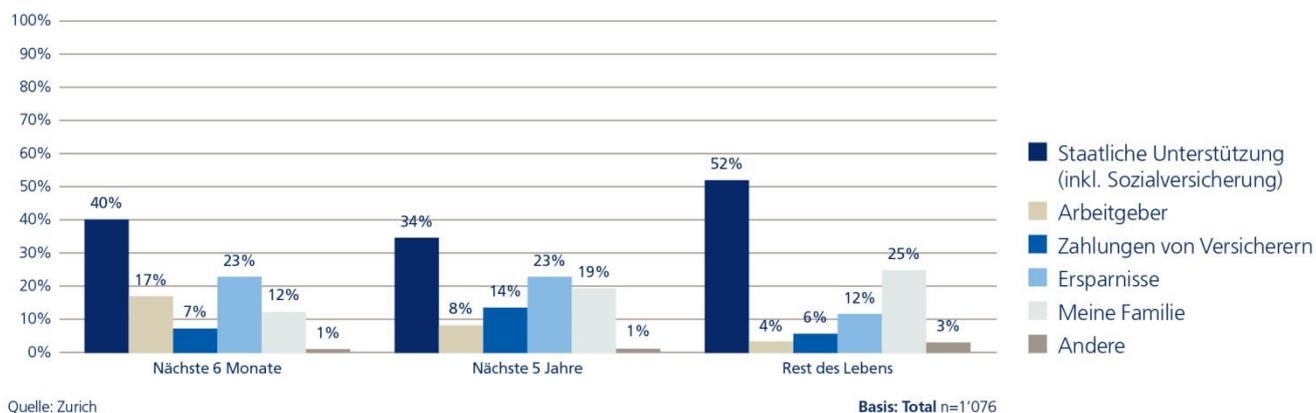
Schwere Erkrankungen wie Krebs (39 %), gefolgt von Unfällen (22 %) und psychischen oder Nervenerkrankungen (17 %) werden als Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit vermutet. Tatsächlich stehen rheumatische Erkrankungen⁹ wie Rückenschmerzen an erster Stelle. Sie sind für mehr als die Hälfte der dauerhaften Invaliditätsfälle verantwortlich.

Das Risiko, nicht mehr arbeiten zu können, ist für die 51-Jährigen am höchsten.

83 % der Befragten sehen staatliche Leistungen als Hauptquelle für finanzielle Unterstützung für Menschen, die nicht mehr arbeiten können. Aber nur 7 % der Befragten sind davon überzeugt, dass die staatlichen Leistungen ausreichen würden, um einen angenehmen und sicheren Lebensstandard zu gewährleisten.

Das spanische Sozialversicherungssystem unterscheidet zwischen mehreren Schweregraden von Invalidität. Ist ein Arbeitnehmer nicht mehr in der Lage, in irgendeinem Beruf zu arbeiten (absolute dauerhafte Invalidität) werden 100 % der Grundrente ausgezahlt. Durchschnittlich beläuft sich die monatliche Invalidenrente auf EUR 1'071.⁹

Erwartete Haupteinnahmequelle im Falle einer Erwerbsunfähigkeit



⁹ Quelle: Social Security – Jahr für Jahr werden 0,4 % der spanischen Erwerbstätigen erwerbsunfähig. Basierend auf einer Lebensarbeitszeit von 40 Jahren entspricht dies 16 % der arbeitenden Bevölkerung.

Wichtigste Ergebnisse – Schweiz

Die Schweizer scheinen besser gegen Einkommensausfälle vorzusorgen als viele andere europäische Erwerbstätige. Die Einkommensabsicherung fällt jedoch bei Erwerbsunfähigkeit aufgrund von Erkrankungen niedrig aus.

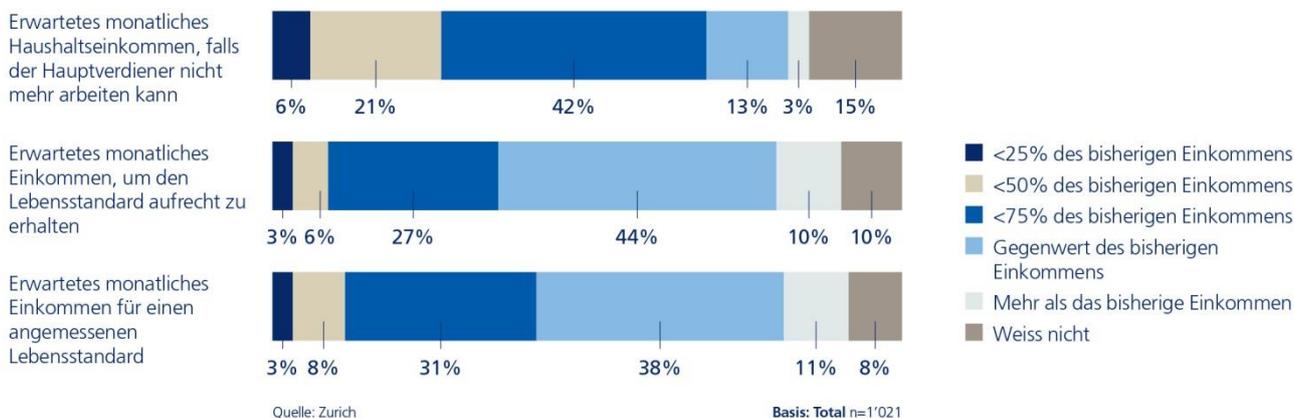
Die Schweizer Befragten haben generell das Gefühl, genug zu tun, um sich vor Erwerbsunfähigkeit zu schützen (78 %). Sie halten ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit (36 %), gefolgt von einer gesunden Lebensweise (21 %), für die beste Vorsorge. Drei von zehn Befragten geben an, dass sie über Möglichkeiten der Einkommensabsicherung im Fall von Erwerbsunfähigkeit informiert sind.

Auf einen Einkommensausfall infolge von Invalidität sind die Schweizer besser vorbereitet als die Mehrzahl ihrer europäischen Nachbarn.

Die Befragten gehen durchschnittlich davon aus, dass sie über Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolice verfügen, um ihre Lebenshaltungskosten 6,4 Jahre lang abdecken zu können. Dies liegt weit über dem europäischen Durchschnitt von 4,6 Jahren.

Jeder dritte Schweizer glaubt, dass weniger als 10 % der Erwerbstätigen arbeitsunfähig werden. Die Hälfte der Befragten schätzt das eigene Risiko für Erwerbsunfähigkeit auf unter 10 %. Statistisch gesehen liegen sie damit richtig, da lediglich 6,1 %¹⁰ der Schweizer Arbeitnehmer frühzeitig wegen Krankheit oder Unfall aus dem Berufsleben ausscheiden. Die Wahrscheinlichkeit, nicht mehr arbeiten zu können, ist unter den über 60-Jährigen am höchsten.

Monatliches Haushaltseinkommen im Falle von Erwerbsunfähigkeit



¹⁰ Quelle: IV Statistik 2015

Niedriges Einkommen bei Invalidität durch Krankheit

Obwohl über 50 % der Schweizer angeben, sie würden im Falle von Erwerbsunfähigkeit mindestens den Gegenwert ihres derzeitigen Einkommens benötigen, nehmen nur 16 % an, dass sie diesen auch erhalten würden. Zu Recht: Bei Invalidität infolge von Krankheit decken Rentenansprüche von Erwerbsunfähigkeitsversicherungen und staatlichen Rentenfonds nur rund 60 % des Einkommens ab. Dabei gilt: Je höher der Verdienst, desto geringer der prozentuale Anteil. Die Einkommenssituation ist besser, wenn die Invalidität Folge eines Unfalls ist. Wird ein Arbeitnehmer nach einem Unfall dauerhaft arbeitsunfähig, können die Rentenansprüche (Rentenfonds und Erwerbsunfähigkeitsversicherung) kombiniert rund 90 % des versicherten Gehalts bis zu einer bestimmten Obergrenze ausmachen. Dieser Betrag kann sich auf höchstens CHF 113'400 belaufen.

Krankheit als Hauptursache für Invalidität

Psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten (31 %), gefolgt von Unfällen (30 %), werden als Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit angesehen. Während psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten tatsächlich an erster Stelle stehen, werden Unfälle als Ursache für Invalidität generell überschätzt. Neun von zehn Invaliditätsfälle in der Schweiz sind auf Krankheiten zurückzuführen.

Beim Gedanken an Erwerbsunfähigkeit fürchten sich die Schweizer am meisten vor körperlichen oder psychischen Leiden, vor Armut und davor, die eigene Familie nicht mehr versorgen zu können.

Auf die Frage, wer in erster Linie für die finanzielle Unterstützung von Personen aufkommen sollte, die frühzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden, verweisen 54 % der Schweizer auf den Staat (einschliesslich Sozialversicherung). Dieser Anteil liegt deutlich unter dem anderer europäischer Staaten. Die Italiener sind beispielsweise zu 80 % davon überzeugt, dass vorwiegend der Staat finanzielle Unterstützung leisten sollte. Jeder vierte Schweizer gibt zudem an, finanzielle Unterstützung von Versicherern zu erwarten. Dieser Anteil ist höher als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Wichtigste Ergebnisse – Großbritannien

Die Mehrheit der Befragten in Großbritannien ist davon überzeugt, dass sie ausreichend Vorsorge für einen Einkommensausfall infolge von Invalidität getroffen hat. Viele unterschätzen jedoch die Risiken und sind nicht ausreichend abgesichert.

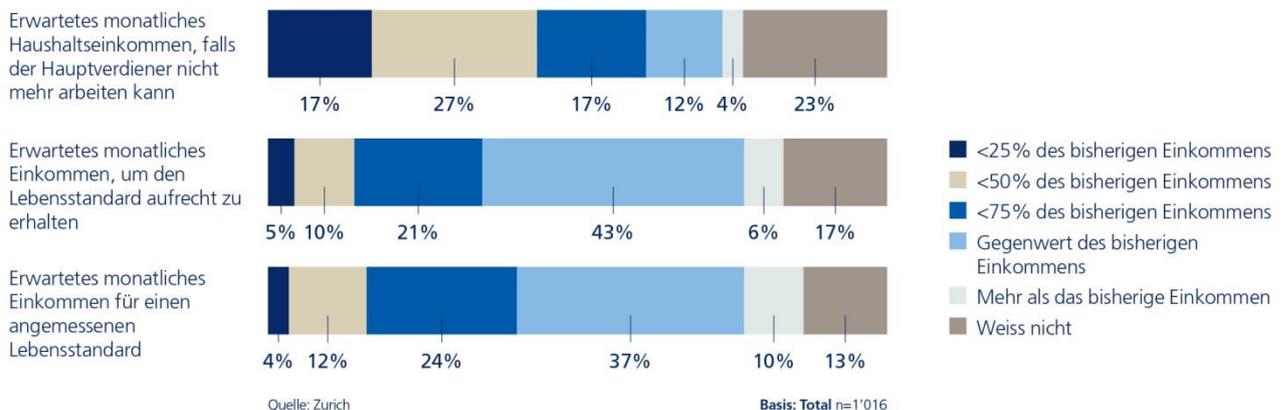
Drei von vier britischen Befragten glauben, dass sie genügend tun, um sich vor Erwerbsunfähigkeit zu schützen. Lediglich vier von zehn Briten hingegen kennen Möglichkeiten zur Einkommensabsicherung, falls sie aus gesundheitlichen Gründen erwerbsunfähig würden. Nur wenige verfügen über eine verlässliche Absicherung. Ihrer Ansicht nach ist eine gesunde Lebensweise (42 %) das beste Mittel, um Erwerbsunfähigkeit vorzubeugen. Ein hoher Anteil (jeder Fünfte) ist der Ansicht, dass man sowieso nichts dagegen tun könne und es letztlich eine Frage des Schicksals sei.

Die britischen Befragten sind generell der Ansicht, dass sie Rücklagen in Form von Ersparnissen, Anlagen, Rentenansprüchen und Versicherungspolizen haben, mit denen sie ihre Lebenshaltungskosten 4,5 Jahre lang abdecken könnten. Dies entspricht ungefähr dem europäischen Mittelwert. Die meisten unterschätzen jedoch das Risiko von Erwerbsunfähigkeit. Jeder zweite

der 55- bis 64-Jährigen sei. Tatsächlich steigt die Wahrscheinlichkeit, erwerbsunfähig zu werden, bereits ab 40 Jahren auf fast 20 % und erreicht im Alter von 55 Jahren sogar 28 %.¹¹

Es besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem erwarteten Haushaltseinkommen und dem Einkommen, das zum Erhalt des Lebensstandards erforderlich ist. Sechs von zehn Briten rechnen bei Erwerbsunfähigkeit mit weniger als 75 % ihres derzeitigen Einkommens. Nur jeder Dritte glaubt hingegen, seinen Lebensstandard mit diesem Betrag halten zu können.

Monatliches Haushaltseinkommen im Falle von Erwerbsunfähigkeit



¹¹ Quelle: www.papworthtrust.org.uk – 2012/2013 waren 7 % der Kinder invalid, verglichen mit 16 % der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter und 43 % der Erwachsenen im Pensionsalter – vier von fünf invalide Menschen werden im Verlauf des Lebens invalid.

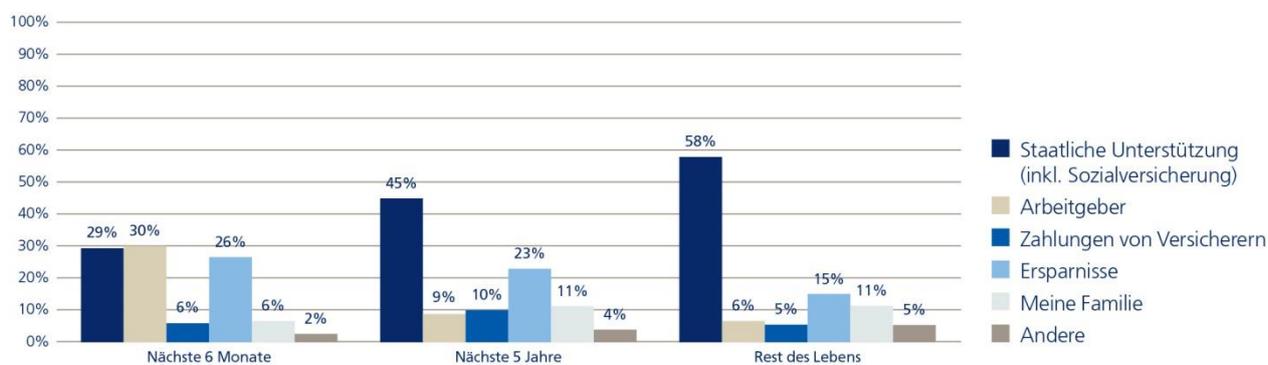
Die staatlichen Leistungen (einschließlich Sozialversicherung) werden als wichtigste Einkommensquelle für Menschen erachtet, die nicht arbeiten können. Jedoch ist lediglich jeder Fünfte davon überzeugt, Anspruch auf diese Leistungen zu haben, wenn sein Einkommen um 30 % abnehmen würde. Zunächst werden der Arbeitgeber und Ersparnisse als Haupteinkommensquelle erachtet. Eine andere Studie zeigt jedoch, dass 55 % der Menschen lediglich drei Monate, und 29 % nur einen Monat finanziell überleben könnten.¹²

Leistungen von Versicherern wird allgemein eine untergeordnete Rolle zugewiesen. Sieben von zehn Briten gaben weiter an, dass ihr Arbeitgeber keine Einkommensabsicherung anbiete. Fast Dreiviertel der Befragten sagten, sie hätten keine solche Absicherung.

Die Briten fürchten sich in einem Fall von Erwerbsunfähigkeit am meisten davor, zu einer Belastung für ihre Angehörigen zu werden und zu verarmen.

Schwere Krankheiten wie Krebs werden als Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit angesehen, gefolgt von psychischen Erkrankungen oder Nervenkrankheiten oder Knochen- oder Muskelerkrankungen (z. B. Rheuma, Rückenschmerzen). Tatsächlich sind psychische Erkrankungen oder Nervenkrankheiten, gefolgt von Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit in Großbritannien.¹³

Erwartete Haupteinnahmequelle im Falle einer Erwerbsunfähigkeit



Quelle: Zurich

Basis: Total n=1'016

¹² Protection Insurance Survey 2015, Dewberry Insurance
<http://www.dewberryinsurance.co.uk/press-release/protection-insurance-survey-2015> ONLINE
 [Accessed 22 July 2015]

¹³ Quelle: www.papworthtrust.org.uk

Über diese Studie

Die Umfrage von Zurich zur Lücke bei der Einkommensabsicherung wurde im April und Mai 2015 vom Marktforschungsunternehmen Epiphany durchgeführt. Die Studie basiert auf einer national repräsentativen Stichprobe von Verbrauchern im Alter zwischen 18 und 70 Jahren in Deutschland, Großbritannien, Irland, Italien, Spanien und der Schweiz.

Rund 1'000 Befragte pro Land beantworteten 53 Fragen in einem Online-Fragebogen.

Wir werden in den kommenden Monaten weitere Ergebnisse zu diesem Thema veröffentlichen.

Ein wichtiger Hinweis zur Vergleichbarkeit von Statistiken: Erwerbsunfähigkeits- bzw. Invaliditäts-Statistiken unterscheiden sich stark von Land zu Land, da es keine gemeinsamen Regeln oder Definitionen gibt, was man darunter versteht. In gewissen Ländern sind Statistiken verfügbar über den Prozentsatz an Menschen, die während des Arbeitslebens erwerbsunfähig werden, für andere Länder sind lediglich Prozentsätze von Menschen mit einer Invalidität, inkl. diejenigen mit Geburtsgebrechen, verfügbar.

Dieser Bericht wird in englischer und deutscher Sprache publiziert. Sollte die deutsche Übersetzung gegenüber dem englischen Originaltext abweichen, ist die englische Version verbindlich.

Weitere Informationen:

[Video](#) (in englischer Sprache) mit Kristof Terryn, CEO Global Life, in dem er die wichtigsten Erkenntnisse der Studie erörtert.

[Medienmitteilung](#) Deutschland

[Medienmitteilung](#) Zurich Insurance Group mit Fokus auf die europäischen Ergebnisse

[Income protection gap blog](#) in englischer Sprache

[Weitere Informationen über Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit](#)

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an:

Zurich Gruppe Deutschland
Unternehmenskommunikation
Bernd O. Engliem
Poppelsdorfer Allee 25-33
53115 Bonn
Deutschland

Telefon +49 (0) 228 268 2725
Telefax +49 (0) 228 268 2809
bernd.engliem@zurich.com
www.zurich.de/presse
@zurich_de

Haftungsausschluss

Diese Veröffentlichung wurde von Zurich Insurance Group Ltd. erstellt. Die darin enthaltenen Ansichten entsprechen denen von Zurich Insurance Group Ltd zum Zeitpunkt der Erstellung und können sich ohne Vorankündigung ändern. Diese Veröffentlichung wurde ausschliesslich zu Informationszwecken erstellt. Sämtliche darin enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die als verlässlich und glaubwürdig erachtet wurden. Die Zurich Insurance Group Ltd. oder eine ihrer Tochtergesellschaften (die «Gruppe») geben weder ausdrückliche noch stillschweigende Zusicherungen oder Garantien in Bezug auf die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Informationen.

Die vorliegende Veröffentlichung ist nicht als rechtlicher, versicherungstechnischer, finanzieller, anlagentechnischer oder sonstiger professioneller Ratschlag auszulegen. Die Gruppe lehnt jede Haftung im Zusammenhang mit der Nutzung oder dem Verlass auf diese Veröffentlichung ab. Bestimmte Aussagen in dieser Veröffentlichung sind zukunftsgerichtete Aussagen, einschliesslich aber nicht ausschliesslich, Aussagen, die Vorhersagen von künftigen Ereignissen, Trends, Plänen, Entwicklungen oder Zielen oder diesbezügliche Hinweise darstellen.

Da diese Aussagen von Natur aus bekannten und unbekanntem Risiken und Unwägbarkeiten unterliegen und durch zahlreiche unvorhergesehene Faktoren beeinträchtigt werden können, sollten sie nicht als absolut verlässlich angesehen werden. Der Gegenstand der vorliegenden Veröffentlichung ist zudem nicht an ein spezifisches Versicherungsprodukt gekoppelt und gewährleistet keinen Versicherungsschutz im Rahmen einer Versicherungspolice.

Die Veröffentlichung darf weder vollständig noch teilweise ohne die vorherige schriftliche Genehmigung der Zurich Insurance Group Ltd, Mythenquai 2, 8002 Zürich, Schweiz, verteilt oder vervielfältigt werden. Weder Zurich Insurance Group Ltd noch eine ihrer Tochtergesellschaften haften für etwaige Verluste, die sich aus der Nutzung oder der Verteilung der vorliegenden Veröffentlichung ergeben. Die vorliegende Veröffentlichung stellt kein Angebot und keine Aufforderung für den Verkauf oder Kauf von Wertpapieren in jedweder Gerichtsbarkeit dar.

Zürich VersicherungsGesellschaft AG
Mythenquai 2
8002 Zürich, Schweiz
Telefon +41 (0)44 625 25 25
www.zurich.com

